

# vorwärts:

## Nordrhein-Westfalen

# Regional

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den Kommunen regt sich Widerstand. Er richtet sich gegen die von CDU und FDP geführte Landesregierung, welche die Städte und Gemeinden finanziell in unverantwortlicher Weise zusätzlich belastet. Der Protest richtet sich aber auch gegen die Konservativen im Bund, die offen für eine Abschaffung der Gewerbesteuer plädieren. Selbst den CDU-Bürgermeistern in Nordrhein-Westfalen dämmert allmählich, welche fatalen Auswirkungen die Politik ihrer Parteifreunde in Düsseldorf und Berlin auf die kommunalen Haushalte haben muss.

Bei der Reform der Unternehmenssteuer geht es auch um eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Unsere Städte und Gemeinden brauchen verlässliche



und stabile Einnahmen. Schon heute sind vielerorts Straßen, Schulen, Kindergärten, Rathäuser oder Fußgängerzonen in einem beklagenswerten Zustand. Deshalb wird es mit der SPD unter gar keinen Umständen zu einer Abschaffung der Gewerbesteuer kommen. Im Gegenteil: Die Kommunen müssen gestärkt werden.

Unsere Haltung ist klar: Die Gewerbesteuer muss zu einer kommunalen

Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden. Das bedeutet, dass künftig auch Freiberufler in die Steuerpflicht einbezogen werden müssen und gewinnunabhängige Elemente wie Zinsen und Mieten bei der Besteuerung zu berücksichtigen sind.

Die Investitionskraft der Kommunen muss erhalten und nach Möglichkeit noch gestärkt werden. Auf Städte und Gemeinden entfallen 60 Prozent der öffentlichen Investitionen. Deshalb ist die dauerhafte Sicherung der kommunalen Einnahmen ein Eckpfeiler für eine zukunftsorientierte Mittelstandspolitik. Wir unterstützen Finanzminister Peer Steinbrück, der sich für eine Stärkung der Gewerbesteuer als wichtigster kommunaler Steuer einsetzt.

Euer Jochen Dieckmann

## Zukunftskonvent 2006

Die NRWSPD diskutiert in Oberhausen über ihre inhaltlichen Leitlinien – 900 Gäste erwartet

Am Samstag, dem 18. November 2006, diskutiert die NRWSPD auf einem Zukunftskonvent in Oberhausen Ziele ihrer künftigen Politik. Wir wollen in allen Politikbereichen zu klaren und verlässlichen programmatischen Aussagen kommen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat sich daher ein Arbeitsprogramm verordnet, welches Antworten liefern wird auf die zentralen Herausforderungen des Landes und seiner Menschen. Zugleich wird das Programm die Alternativen zur unsozialen und verantwortungslosen Politik der Regierung Rüttgers klar herausarbeiten.

In Oberhausen soll es um eine erste Bestimmung von Eckpunkten zu den Themen Wirtschaft und Arbeit sowie Bildung gehen. Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung ist die Frage, wie wir den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft organisieren können. Spannende Debatten sind garantiert. Denn nach dem Erfolg des Zukunftskonvents im vergangenen Jahr werden auch diesmal wieder namhafte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft als Referenten an der Veranstaltung teilnehmen. Sie sollen die in der SPD angestellten Überle-

gungen kritisch hinterfragen, Einspruch erheben, Widerworte geben.

Der Landesvorsitzende der NRWSPD, Jochen Dieckmann, stellt zu Beginn der Veranstaltung die Kernthesen der Partei in den genannten Themenfeldern vor. Anschließend werden die Experten hierzu Stellung beziehen. In drei Foren sollen die Inhalte dann eingehend diskutiert werden.

Wir freuen uns besonders darüber, dass Erhard Eppler an unserer Veranstaltung teilnehmen wird. Erhard Eppler besitzt in unserer Partei eine hohe Autorität. Mit seinen klugen Beiträgen prägt er die Programmatik der SPD seit Jahrzehnten entscheidend mit. Erhard Eppler wird im Anschluss an die Foren zum Thema Staat, Sozialstaat und Rechtsstaat sprechen. Die Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Hannelore Kraft, und Jochen Dieckmann werden dann mit Erhard Eppler über seine Ausführungen diskutieren.

Wir möchten herzlich zum Zukunftskonvent der NRWSPD einladen und alle Genossinnen und Genossen ermuntern, sich in die Diskussion über unser neues Programm einzumischen.

Wir freuen uns über eure Teilnahme.

Anmelden könnt ihr euch über das Internet unter [www.nrwspd.de/zukunftskonvent](http://www.nrwspd.de/zukunftskonvent). Dort findet ihr auch einen detaillierten Ablaufplan. Eine Anmeldung kann auch formlos per Fax unter der Nummer 0211/13622-103 erfolgen. Bei Rückfragen steht euch im Landesbüro der NRWSPD Rudolf Hartung (0211-13622-332) als Ansprechpartner zur Verfügung.



Bereits im vergangenen Jahr war der Zukunftskonvent der NRWSPD ein voller Erfolg

Herausgeber  
Frank Ulrich Wessel  
SPD-Landesverband NRW  
Kavalleriestraße 16  
40213 Düsseldorf

Redaktion  
Bernd Neuendorf

Email  
[vorwaerts@nrwspd.de](mailto:vorwaerts@nrwspd.de)  
Internet  
[www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de)



## Programm für mehr Ausbildung in NRW Sonderprogramm der SPD soll Lage auf Lehrstellenmarkt verbessern

VON MICHAEL GROSCHKE, GENERALSEKRETÄR DER NRWSPD

Die Ausbildungsplatzsituation in Nordrhein-Westfalen ist alarmierend. Die Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Angebote ist seit Jahren rückläufig. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber kontinuierlich zu. Aktuell sind rund 120.000 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen unter 25 Jahren ohne Ausbildungsplatz. Die NRWSPD ist entschlossen, dieser dramatischen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Es geht in erster Linie darum, jungen Menschen eine sinnvolle Perspektive für ihr Leben zu eröffnen. Zugleich macht ein größeres Engagement für Lehrstellen Sinn, weil fehlende Ausbildungsplätze zu einer Gefahr für die politische Stabilität in unserem Land werden können.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat auf ihrer Gelsenkirchener Vorstandsklausur im September ein Sechs-Punkte-Programm für mehr Ausbildungsplätze beschlossen. Darin wird unter anderem ein Sonderprogramm des Landes in Höhe von 75 Millionen Euro gefor-

dert, um die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu fördern. Darüber hinaus sollen die Mittel gezielt zur Förderung sozial benachteiligter junger Menschen verwendet werden, die auf dem Ausbildungsmarkt erfahrungsgemäß die größten Probleme haben. Zugleich fordert die NRWSPD, dass ein Teil der Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze herangezogen wird.

Die duale berufliche Ausbildung hat sich bewährt. Sie soll dem Beschluss zufolge ohne Abstriche erhalten bleiben. Sie bietet aber derzeit bei weitem nicht allen Jugendlichen eine Ausbildungschance. Neben die duale Berufsausbildung in betrieblicher Verantwortung muss deshalb nach Ansicht der NRWSPD ein bedarfsgerechtes berufsqualifizierendes Angebot in über- und außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen einschließlich der Berufskollegs treten. Die Schwerpunkte dieser Ausbildung sollen regional abgestimmt werden. Ziel ist die Erlangung

einer vollwertigen beruflichen Ausbildung, einschließlich Kammerprüfung.

Die NRWSPD fordert die Landesregierung auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und umgehend auf regionaler Ebene Ausbildungsgipfel einzuberufen. Daran sind alle regionalen Akteure im Bereich der beruflichen Bildung sowie der zuständige Fachausschuss des Landtages zu beteiligen.

In ihrem Beschluss macht die NRWSPD klar, dass die Wirtschaft im dualen System die Verantwortung zur Schaffung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen hat. Die Unternehmen müssen auch im eigenen Interesse dem absehbaren Fachkräftemangel vorbeugen. Die Ausbildungskosten dürfen nicht einseitig auf die Steuerzahler abgewälzt werden. Zugleich fordert die NRWSPD die Unternehmen auf, junge Menschen nicht als Praktikanten auszuhebeln. Es sei nicht hinnehmbar, dass Jugendliche monate- oder jahrelang kostenlos oder ohne hinreichende Bezahlung qualifizierte Tätigkeiten ausüben.

## Mit PEP in die politische Auseinandersetzung

Mehr als 200 Gäste sind der Einladung der NRWSPD zu einer Veranstaltung über ihr ehrgeiziges Personalentwicklungsprogramm (PEP) gefolgt. „Das ist ein gutes Zeichen dafür, dass sich die SPD intensiv darum kümmert, mit guten Leuten attraktive politische Arbeit zu leisten“, sagte der Generalsekretär der NRWSPD, Michael Groschek, zu Beginn der Diskussion. Es sei gut, neue Mitglieder zu gewinnen. Aber mindestens ebenso wichtig sei es, die Zahl derjenigen zu erhöhen, die für die SPD ein Mandat übernehmen möchten.

Mit Carina Gödecke, Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Ernst Gerlach, Direktor der NRW-Bank, und Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, standen den Gästen interessante Gesprächspartner zur Verfügung. Peer Steinbrück, stellvertretender Vorsitzender der SPD, begrüßte in seinem Redebeitrag, dass die SPD das Instrument der Personalentwicklung ins Zentrum der Parteiarbeit gerückt hat. Er regte unter anderem an, die Listen der SPD für Nichtmitglieder zu öffnen. ■

ANZEIGE

## Wir bilden aus!

Die NRWSPD ist Ausbildungsbetrieb. In Zusammenarbeit mit den Unterbezirken ist es gelungen, die Anzahl der Ausbildungsplätze auf inzwischen 13 zu erhöhen. Immer mehr Unterbezirke in NRW sind bereit, Auszubildende einzustellen.

Neben den „normalen“ Ausbildungsverträgen mit Auszubildenden zum Kaufmann/zur Kauffrau für Bürokommunikation wollen wir in diesem Jahr erstmals auch andere Ausbildungsmodelle erproben. In zwei Geschäftsstellen haben wir Auszubildende durch die Vermittlung der örtlichen Argen eingestellt, die weiter durch Hartz IV gefördert werden und

bei uns eine zweijährige Ausbildung zur Bürokauffrau/zum Bürokaufmann absolvieren. Außerdem starten wir in diesem Jahr eine Verbundausbildung zusammen mit der AWO.

Die haupt- und ehrenamtlichen Genossinnen und Genossen, die sich um die Auszubildenden kümmern, tun dies mit hohem Engagement. Vor dem Hintergrund der Ausbildungsmisere in NRW ist ihr Einsatz gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Aufgrund der gestiegenen Anzahl unserer Azubis haben wir auch zum ersten Mal eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen. Unsere Azubis haben inzwischen auch eine eigene Homepage: [www.nrwspd.de/azubis](http://www.nrwspd.de/azubis) ■

## JugendbildungsreferentIn gesucht

Der Juso-Landesverband NRW, mit Sitz in Düsseldorf, sucht für den Zeitraum vom **2. Januar 2007 bis 31. August 2007 eine/n JugendbildungsreferentIn** für die Bereiche „Bildungspolitik“ und „Koordination der politischen Jugendbildung“.

Entsprechende Kenntnisse in den Arbeitsfeldern und Erfahrungen in politischer Arbeit setzen wir voraus.



Bewerbungsschluss ist am 27.10.2006.

**Bewerbungen an:** SPD-Landesverband NRW  
z.Hd. Frank-Ulrich Wessel (persönlich)  
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf

## Handel und Propaganda

Die Geschichte der Stadt Leipzig ist seit jeher vom Handel geprägt. Auch im Zeitalter der Blockkonfrontation verlor die Leipziger Messe nichts von ihrer Bedeutung. Mit der Teilung Deutschlands wurde die Stadt in das sozialistische Wirtschaftssystem des Sowjetblocks eingebunden und somit für westdeutsche Unternehmen zum „Tor des Ostens“.

Jana Wüstenhagen von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Karsten Rudolph, Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum sowie Abgeordneter der SPD im Landtag von NRW, haben nun ein überaus lesenswertes Buch über die Bedeutung der Messe während des Kalten Krieges vorgelegt.

Das Buch dokumentiert u.a. Propaganda und Spitzeldienste der Stasi rund um die Leipziger Messe und gibt somit Einblick in einen spannenden aber zugleich auch bedrückenden Teil der jüngsten deutschen Vergangenheit.

Karsten Rudolph, Jana Wüstenhagen  
**Große Politik – kleine Begegnungen**  
Die Leipziger Messe im Ost-West-Konflikt  
Vorwärts-Buch Verlagsgesellschaft  
Berlin 2006

# Mehr Last als Lust am Fleisch

VON SVENJA SCHULZE, MITGLIED IM SPD-LANDESVORSTAND UND VERBRAUCHERPOLITISCHE SPRECHERIN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION



Nun war es wieder soweit: Döner-spieße verwandelten sich für Tage in ekelige Fleischberge. Das fiese Wort vom Gammelfleisch macht die Runde. Wieder einmal haben wir erlebt, wie Tonnen von überlagertem Fleisch aus Kühlhäusern – zwar eiskalt, aber alles andere als frisch – auf die Tische der Verbraucherinnen und Verbraucher gelangen. Mit maximalen Gewinnen für diejenigen aus der Fleischbranche, die hier mit hoher krimineller Energie vorgehen.

Ebenso skandalös wie das Auftischen von verdorbenem Fleisch ist allerdings auch die offensichtliche Tatenlosigkeit der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Wird nach Bekanntwerden eines Skandals vollmundig ein härteres Durchgreifen angekündigt, so geraten derartige Ankündigungen zeitgleich mit dem Erlahmen der Medienberichterstattung wieder rasch in Vergessenheit.

In Nordrhein-Westfalen kündigte die schwarz-gelbe Regierung bereits nach dem Fleischskandal vom Herbst

2005 an, drastisch gegen die Verantwortlichen vorzugehen. Geschehen ist seither faktisch nichts. In NRW muss ein Lebensmittelkontrolleur im Durchschnitt rund 500 Lebensmittelbetriebe kontrollieren. Die Anzahl der Kontrolleure wird nicht nach der Anzahl der Betriebe sondern nach der Einwohnerzahl bemessen. Damit kann keine effektive Kontrolle erfolgen.

Allerdings liegt die Problematik nicht allein in der unzureichenden Zahl von Kontrolleuren. Der Skandal hat viele Gesichter: Solange qualifizierte Arbeitsplätze in der Fleischindustrie abgebaut und durch schlecht bezahlte Beschäftigte von Scheinfirmen ersetzt werden, solange kann keine Kontrolle die Missstände wirklich verhindern. Der Preisdruck, ausgeübt durch die großen Lebensmitteldiscounter und weitergegeben bis hin zu den Fleischproduzenten, die industrialisierte Produktionsweise und die Unübersichtlichkeit des Fleischhandels bilden die Grundlage für immer neue Unappetitlichkeiten.

Um grundsätzlich etwas zu verändern, muss die Herstellung und der Handel mit Fleisch als Ganzes betrachtet werden. Bessere landes- und bundesweit abgestimmte Kontrollen und mehr Überwachungsdruck sind wichtig. Aber auch mehr Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher: Diejenigen Händler, die Gammelfleisch vermarkten, müssen beim Namen genannt werden. Darüber hinaus müssen staatliche Maßnahmen wie beispielsweise das Verbot von Lebensmittelpreisen unter dem Einstandspreis und die Unterstützung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zur Veränderung des Konsumverhaltens ausgeweitet werden. Die Regierung Rüttgers macht aber genau das Gegenteil: CDU-Landwirtschaftsminister Uhlenberg kündigt zwar weitreichende Maßnahmen an. Zugleich kürzt er aber radikal die Mittel für die Verbraucherzentralen. Auch beim Thema Gammelfleisch zeigt sich somit: Die Landesregierung täuscht die Menschen. Sie lässt die Verbraucherinnen und Verbraucher allein. ■



PROGRAMMDEBATTE

## Für eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft

VON KARSTEN RUDOLPH, STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER NRWSPD

Die Programmdebatte unserer Partei gewinnt an Fahrt. Nicht nur in der SPD, sondern auch in ihrem Umfeld. Worin liegt das Interesse begründet, zu erfahren, wo und wofür die deutsche Sozialdemokratie heute steht? Es gibt in unserer Gesellschaft eine klare Tendenz, die ausgetrampelten Pfade des Neoliberalismus hinter sich zu lassen. Zugleich wächst das Bewusstsein dafür, dass es kein Zurück zum Sozialstaat des 20. Jahrhunderts gibt. Wohin nun? – das ist die spannende Frage, welche die SPD beantworten muss.

Das derzeit diskutierte Konzept des Vorsorgenden Sozialstaats weist meiner Ansicht nach in die richtige Richtung. Der Vorsorgende Sozialstaat setzt auf Chancengleichheit. Wer aber Chancengleichheit will, der muss mehr tun für Bildung und Ausbildung. Wir müssen die Fähigkeiten der Menschen, ihr Leben selbst zu gestalten, stärken. Vorsorge ist besser als Nachsorge. Es macht Sinn, in junge Menschen zu investieren. Das dient der individuellen Freiheit und sichert die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Und die

Förderung der Chancengleichheit ist darüber hinaus ein überaus geeignetes Mittel zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit.

Aber: Wer diesen Weg gehen will, darf sich nicht nur auf den Umbau des Sozialstaates fixieren. Wir brauchen ebenso wirtschaftspolitische Kompetenz. Dass sich wirtschaftliche Dynamik, mehr Wachstum und Wohlstand für alle auch ohne marktliberale Maßnahmen herstellen lassen, das müssen wir jetzt beweisen. Denn Tatsache ist, dass die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte in Deutschland die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht, aber nicht zu mehr Wachstum geführt hat. Demokratisierung der Globalisierung, europäische Wirtschaftspolitik, „atmende“ öffentliche Haushalte, koordinierte Lohnpolitik unter Beibehaltung der Flächentarifverträge, Steigerung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur: Dies sind nur einige Stichworte, die in ein überzeugendes Konzept sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik eingebettet werden müssen. ■

## Auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm – Veranstaltungen in NRW

Datum	Unterbezirk	Titel	Gast	Ort
13.10. 19.30 Uhr	UB Münster	<b>Staat, Politik und eigenes Handeln</b>	Guntram Schneider, Vors. DGB NRW	Münster
18.10, 19.30 Uhr	UB Lippe	<b>Kraft der Erneuerung</b>	Karsten Rudolph, MdL	Lemgo
28.10. 10 Uhr	OV Dorsten	<b>Kraft der Erneuerung</b>	Karsten Rudolph, MdL	Dorsten
4.11. 10 Uhr	UB Köln	<b>Kraft der Erneuerung</b>	Karsten Rudolph, MdL	Köln
11.11. 10 Uhr	UB Märkischer Kreis	<b>Kraft der Erneuerung</b>	Karsten Rudolph, MdL	Lüdenscheid
14.11. 17.00 Uhr	Regio Niederrhein	<b>Kraft der Erneuerung</b>	Hubertus Heil, MdB	Kerken
23.11. 10.30 Uhr	UB Bielefeld	<b>Kraft der Erneuerung</b>	Andrea Nahles, MdB	Bielefeld

Weitere Veranstaltungen, Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung

**Essen** **Soziale Marktwirtschaft im globalisierten Kapitalismus**  
30.10., 18.30 Uhr u.a. mit Sigmar Gabriel und Martin Schulz

**Düsseldorf** **Rolle des Staats in der globalisierten Welt**  
7.11., 18 Uhr u.a. mit E.-U. von Weizsäcker und Guntram Schneider

Für weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen steht euch im Landesbüro Stefan Mühlhofer (Tel.: 02 11/136 22 - 342) zur Verfügung.